

**GR Lukas Rößlhuber und Ismail Uygur**

Mittwoch, 16. Dezember 2020

**Betreff: Beendigung der Städtepartnerschaft mit Shanghai**  
**Antrag gem. § 22 GGO**

Die autonome Region Xinjiang im Nordwesten Chinas ist seit Jahrzehnten Schauplatz ethnischer Spannungen. Die muslimische Minderheit der Uigur\*innen sowie zunehmend auch muslimische Kasach\*innen werden von der chinesischen Regierung sprachlich, kulturell und in ihrer Meinungs-, Religions- und Bewegungsfreiheit diskriminiert. Im September 2018 veröffentlichte Human Rights Watch den umfassenden Bericht „Eradicating Ideological Viruses“, demzufolge rund eine Million Personen in Xinjiang in sog. „Umerziehungslagern“ festgehalten werden.

Die Europäische Union hat sich proaktiv für die Einhaltung der menschlichen Grundrechte eingesetzt und als Zeichen dem chinesisch-ugurischen Wirtschaftswissenschaftler Ilham Tohti den renommierten Sacharow-Preis 2020 des Europaparlaments („Menschlichkeitspreis“) verliehen. Genauer gesagt wurde der Preis der Tochter überreicht, da Ilham Tohti vor längerer Zeit inhaftiert wurde und seitdem niemand weiß, wo er sich befindet bzw. ob er überhaupt noch lebt.

Neben den Menschenrechtsverletzungen gegen muslimische Minderheiten tritt China auch die Demokratiebewegung in Hongkong mit Füßen. Erst Anfang Dezember wurde der Hongkonger Aktivist Joshua Wong und zwei seiner Mitstreiter für das Organisieren eines Protests zu Gefängnisstrafen verurteilt worden. Ein Hongkonger Gericht verurteilte Wong am zu einer Haftstrafe von 13,5 Monaten. Die ebenfalls bekannten Aktivisten Agnes Chow und Ivan Lam müssen für zehn beziehungsweise sieben Monate ins Gefängnis.

Seit dem Jahr 2004 existiert die Städtepartnerschaft zwischen Salzburg und Shanghai. Im Dezember 2008 wurde jedoch die Europäische Charta für den Schutz der Menschenrechte in der Stadt Salzburg unterschrieben und im Gemeinderat auch beschlossen. Der Spagat gleichzeitig ‚Menschenrechtsstadt‘ und Partnerstadt von Shanghai zu sein ist aus unserer Sicht nicht mehr möglich.

**Gem. § 22 GGO ergeht folgender Antrag**

Das zuständige Mitglied des Stadtratskollegiums wird aufgefordert, die Städtepartnerschaft mit Shanghai umgehend zu beenden.